Gemeinderat - öffentlich - vom 11.10.2016
1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 4-095/16 Realschule / Sachstand - weiteres Vorgehen

Oberbürgermeister Pauly führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Die Verwaltung versuche weiterhin einen höheren Zuschuss zu erhalten. Die Kultusministerin sei am Reitturnier anwesend gewesen. Er hätte im Rahmen des Besuchs der Kulturministerin auch das Gespräch bezüglich der Zuschüsse gesucht. Realistisch sei es aber nicht, dass mit einem höheren Zuschuss gerechnet werden könne.

Herr Bunse erläutert mit Hilfe einer Power Point Präsentation den Sachstand zur Realschule und das weitere Vorgehen. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Stadtrat Hall: Für die Variante 2 Konversionsgelände und auch für die Variante 3 Standort am Fürstenberg-Gymnasium würden noch Aussagen zur verkehrlichen Anbindung fehlen. Erst wenn diese Informationen vorliegen würden, könne über eine Variante abgestimmt werden. Solange sollen die Varianten 2 und 3 weiterverfolgt werden. Die Variante 1, Neubau der Realschule auf dem heutigen Realschulgrundstück, möchte die CDU-Fraktion ausschließen, da es baulich sehr schwierig werden würde, diese Variante die teuerste wäre und keine Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden seien.

Es sei sehr enttäuschend, dass die Förderung des Landes für einen Neubau der Realschule derart gering ausfallen würde. 27 Millionen Euro sehe er nicht als finanzierbar an. Er stelle den Antrag, die Kosten für den Neubau der Realschule auf 20 Millionen Euro zu deckeln.

Stadtrat Dr. Wagner: Die Realschule sei ein wesentlicher Faktor für die Stadt und ein Aushängeschild. Wie ein Neubau der Realschule finanziert werden solle, müsse geklärt werden. Die FDP/FW-Fraktion habe für eine mögliche Finanzierung einen Vorschlag bei der Verwaltung eingereicht, der geprüft werden solle. Es werde vorgeschlagen, dass die Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen die Planung und den Bau der neuen Realschule in eigenem Namen und auf eigene Rechnung durchführen solle. Auf eine Public-private-Partnership-Finanzierung (PPP-Finanzierung) solle verzichtet werden, da immer ein Dritter Geld damit verdienen würde.

Die Variante 3 hätte sicherlich auch ihre Vorteile, dennoch werde die FDP/FW-Fraktion sich für die Variante 2 aussprechen. Wenn es bei den Verhandlungen mit dem Land für die Freigabe des Konversionsgeländes helfen werde, dann solle sich der Gemeinderat auch für diesen Standort aussprechen.

Wichtig wäre noch zu wissen, was passiere, wenn das Land das Gelände nicht so schnell freigeben werde. Müsste dann aufgrund des Brandschutzes parallel ins jetzige Gebäude investiert werden?

Stadtrat Karrer: Das die Variante 3 bei den Kosten eher neutral bewertet werde, könne er nicht nachvollziehen. Bei einem Neubau in diesem Bereich müsste der Baulärm für die umliegenden Schulen negativ gewertet werden. Die Verlagerung der Realschule in das Konversionsareal würde viele Vorteile bieten. Nicht nur der aktuellen beengten Situation könnte man entfliehen, sondern man könnte auch das frei werdende Gelände für die Innenstadtentwicklung nutzen. Des Weiteren wäre dies auch ein ausgezeichneter Startschuss für den Konversionsprozess.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die Sitzungsunterlagen seien oberflächlich, würden viele Fragen offenlassen und auch widersprüchlich sein.
Das Konversionsgebiet eigne sich gut für die neue Realschule. Erweiterungsmöglichkeiten seien bei diesem Standort gegeben und es wäre ein hervorragender Startschuss um den

Rahmenplan umzusetzen. Der Standort beim Fürstenberg-Gymnasiums sei aber nicht so schlecht wie er in der Sitzungsvorlage dargestellt sei und solle weiterhin berücksichtigt und nicht schon jetzt verworfen werden.
Einer Kostendeckelung in Höhe von 20 Millionen Euro könne sich die GUB-Fraktion auch anschließen.

Stadtrat Blaurock: Wenn jährlich nur ein Investitionsvolumen in Höhe von sechs bis acht Millionen Euro für die Stadt Donaueschingen zur Verfügung stehe, dann könnte der Neubau nicht realisiert werden. Bezüglich der Standortfrage der neuen Realschule fühle er sich zum Konversionsgelände hin gedrängt. Dennoch sei auch diese Variante für ihn auf Platz 1. Auf Platz zwei sei die Variante beim Fürstenberg-Gymnasium. Die Variante, Neubau der Realschule auf dem jetzigen Gelänge solle nicht weiterverfolgt werden.

Stadtrat Mosbacher: Eine Durchmischung der Schüler solle aufgrund der hohen Anzahl der Schüler, bei drei Schulen auf engstem Raum, vermieden werden. Mit den unterschiedlichen Schularten hätte dies nichts zu tun sondern lediglich damit, dass pädagogische Probleme bei einer solch hohen Schülerzahl entstehen würden.

Stadtrat Dr. Wagner: Wenn die Finanzierung des Neubaus über den Haushalt laufen werde, dann sei man für die nächsten Jahre gebunden. Bei einer Finanzierung außerhalb des Haushalts könne sehr flexibel gehandelt werden.

Oberbürgermeister Pauly: Das Regierungspräsidium sei bereits mit der Prüfung, ob eine Finanzierung wie sie die FDP/FW-Fraktion vorschlage rechtlich zulässig sei, beauftragt. Wenn die Finanzierung über eine Tochter GmbH der Stadt erfolge, würde sich die Stadt damit auch verschulden.

Stadtrat Hall: Die Kämmerei solle gemeinsam mit der Verwaltung verschiedene Finanzierungsmodelle entwickeln und diese gegenüberstellen und dann könnte der Gemeinderat über eine Form der Finanzierung entscheiden.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, die Standortvariante Neubau auf dem heutigen Realschulgrundstück neben den Bestandsgebäuden nicht weiter zu verfolgen.

   (33 Ja, 1 Enthaltung)

2. Der Gemeinderat beschließt, die Standortvariante Neubau im Bereich Fürstenberg-Gymnasium und Erich Kästner-Schule vorerst nicht weiter zu verfolgen.

   (21 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen)

3. Weiter verfolgt werden soll die Standortvariante Neubau der Realschule auf dem Konversionsgelände.

   (30 Ja, 4 Enthaltungen)

3) TOP 1-074/16 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 20.09.2016 gefassten Beschlüsse

---

Beschluss: Die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 20.09.2016 gefassten Beschlüsse werden bekannt gegeben.

4) TOP 1-075/16 Haushalt 2017 - Einbringung des Entwurfs

Herr Zoller bringt den Haushaltsentwurf für das Jahr 2017 ein und erläutert mit Hilfe einer Power Point Präsentation die Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2017 und der Finanzplanung 2019 bis 2020. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Oberbürgermeister Pauly: Die Investitionen müssten in den kommenden Jahren stark gemäßigt werden, da sich die Stadt dies so nicht leisten könne. Die Verwaltung hätte im aktuellen Haushaltsplanentwurf keine Investitionen gestrichen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen worden seien. Dies führe dazu, dass die Investitionen für das kommende Jahr Kosten in Höhe von 15.8 Mio. Euro verursachen würden. Des Weiteren seien noch neue Projekte hinzugekommen, die nicht vorherzusehen gewesen seien, wie zum Beispiel die Brücke in Allmendshofen. Auch Kostensteigerungen würden zu der hohen Investitionssumme beitragen. Hier sei der Neubau der Grüninger Halle zu nennen, der für 2 Mio. Euro geplant gewesen sei und mittlerweile 2,8 Mio. Euro kosten würde. Auch Projekte wie die Neugestaltung des Donauzusammenflusses seien neu hinzugekommen, da sie nur jetzt realisiert werden könnten.

Die Verwaltung hätte versucht im Ergebnishaushalt Einsparungen zu machen. Die Mittel für die Unterhaltung seien bereits gekürzt worden und dennoch würde der Ergebnishaushalt ein negatives Ergebnis von 2,425 Mio. Euro als Ergebnis vorweisen.

Es sei undenkbar in den Jahren 2017 bis 2020 rund 40 Mio. Euro zu investieren, da dies nur durch eine hohe Verschuldung der Stadt machbar sei. Er richte einen Appell an den Gemeinderat, dass die mittelfristige Finanzplanung bereinigt werden müsse. Pro Jahr seien lediglich Investitionen in Höhe von 8 Mio. Euro realistisch.

Beschluss: Der von der Verwaltung eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes 2017 wird zur Kenntnis genommen.

5) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Kirchplatzgestaltung – Skulptur

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Beim Ortstermin vor der Gemeinderatssitzung am 4. November 2016 stelle Herr Stadtpfarrer Loks die Kirchplatzgestaltung vor. Der Gemeinderat habe keinen Einfluss darauf. Sie wolle betonen, dass die angedachte Skulptur sehr martialisch sei und ihr nicht gefalle. Eine Zustimmung könne sie für dieses Projekt nicht geben. Des Weiteren sei es nicht gut, dass in einem öffentlichen Raum Kunst von einem anonymen Spender ausgestallt werde.

Stadtrat Hall: Auch er sehe es Ähnlich. Diese Ausführungen sollten dem Stadtpfarrer übermittelt werden. Die Stadt sei hier die falsche Adresse.